

„Wir können regenerativ“

Politiker diskutieren grenzüberschreitend über die Energiewende am Hochrhein

VON UNSERER MITARBEITERIN
ANNETTE MAHRO

WALDSHUT-TIENGEN. Die Ziele in Sachen Energie sind beidseits des Rheins dieselben. Bis 2050 will die EU ihre Treibhausgasemissionen verglichen mit 1990 um 80 Prozent reduzieren. Die Schweiz strebt unter ihrem Schlagwort der „2000-Watt-Gesellschaft“ Vergleichbares an. Sowohl Deutschland als auch die Schweiz wollen aber auch aus der Kernkraft aussteigen. Perspektiven für grenzüberschreitende Entwicklungen in Sachen Energiewende diskutierten auf Einladung der Hochrheinkommission jetzt Politiker aus beiden Ländern in Waldshut.

Mit so viel Einigkeit auf dem Weg in Richtung Klimaziel hatte nicht jeder Besucher gerechnet. Dies zumal mit dem Freiburger Regierungspräsidenten Julian Würtenberger, den Landräten von Lörrach und Waldshut, Walter Schneider und Tilman Bollacher sowie dem Schaffhauser Regierungspräsidenten Reto Dubach und dem Aargauer Regierungsrat Peter C. Beyeler auf deutscher Seite ausschließlich CDU-, auf Schweizer Seite FDP-Vertreter auf dem Podium saßen. „Wir können regenerativ in dieser Region“, stieg Windkraftbefürworter Würtenberger kämpferisch ins Thema ein, und verteidigte die unlängst im Schwarzwald noch so ungeliebten Rotoren. Es sei auch „ein Vorurteil zu glauben, bei uns wehe kein Wind.“ Pumpspeicherkraftwerke müssten dessen ungeachtet zudem gebaut und der Netzausbau forciert werden.

Eine breite Absage erhielt dagegen die alte Wirtschaftlichkeitsdiskussion:

„Wenn wir wirklich umsteigen wollen, müssen wir alle Potenziale nutzen“, betonte der Schaffhauser Reto Dubach. Dasselbe gilt für Einsparung und Effizienzsteigerung, auch hier war man sich einig. Wer seine Küche saniere, rechne auch nicht nach, was an den Kosten gemessen zukünftig die Zubereitung eines Schnitzels koste, wer sich ein neues Bad leiste, frage nicht, wie teuer das Duschen werde, argumentierte Beyeler und erhielt dafür Spontanapplaus. „Davon abgesehen wissen wir aber auch nicht, wie hoch der Energiepreis in 20 oder 30 Jahren sein wird“, so der Regierungsrat aus dem Aargau. Je nachdem werde sich dann jede noch so geringe energetische Haussanierung gerechnet haben. In jedem Fall sei die Politik aufgerufen, Anreize für jeden Einzelnen zu schaffen, der Energiewende auch seinen persönlichen Schub zu geben, ergänzte Tilman Bollacher.

Noch eindeutiger gefragt ist die Politik beim Verkehr. Walter Schneider erinnerte an die 50 000 Pendler, die sich täglich aus Südbaden in Richtung Nordwestschweiz aufmachen. Man sei auch eine Mobilitätsregion, hatte Tilman Bollacher eingangs gesagt. Während die Lörracher und der Waldshuter Landräte aber noch auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Elektrifizierung der Hochrheinstraße pochten, war Christoph Timpe vom Freiburger Öko-Institut in seinem Eingangreferat schon deutlich weiter gegangen. Von unserem beliebtesten Fortbewegungsmittel werden wir uns wohl mittelfristig verabschieden müssen, zumindest in der heutigen Form, wenn der Energietechniker Recht behält. „Wir werden Fahrzeuge nicht mehr besitzen, sondern

benutzen“, brachte Timpe seine Vision auf den Punkt. Das Verständnis von Mobilität müsse sich grundlegend ändern.

Sehr viel technischer hatte die beim Basler Prognos-Institut für die Marktfelder Energie- und Klimapolitik verantwortliche Almut Kirchner vorher den Einstieg ins Thema gegeben. Sie gewährte Einblick in die deutschen und schweizerischen Szenarien aber auch insgesamt in den Primärenergieverbrauch mit einem massiven Anstieg der erneuerbaren Energien, einer deutlichen Reduzierung bei Erdöl, Erdgas und Kohle bis 2050 und dem früher einsetzenden Kernenergieverzicht. Diesseits des Rheins gilt heute das Ziel, die letzten Atomkraftwerke bis 2022 abzuschalten, jenseits bis 2035. Für 2023 prognostizieren die Basler Zukunftsforscher aber in Deutschland bereits eine die Produktion übersteigende Stromnachfrage. Zwar ließen sich Lücken zwischenzeitlich durch Importe schließen. Allerdings warnte die Physikerin Kirchner, sich darauf in Momenten der Höchstlast zu verlassen.

Bei allen Unsicherheiten in puncto Versorgungssicherheit, Netzstabilität, Wirtschaftlichkeit stellt den Ausstieg aus der Kernenergie aber niemand mehr in Frage. „Wir müssen nicht mehr darüber diskutieren, ob wir 2020 oder 2030 abschalten“, verteidigte Beyeler den Schweizer Zeitplan, „es gilt die klare Vorgabe, die Atomkraft hat in der Schweiz keine Zukunft“. Während Deutschland rund 25 Prozent seiner Energie aus AKW bezieht, sind es in der Schweiz 40 bis 50, in Spitzenzeiten bis zu 80. „Ein schnellerer Ausstieg ist da schlicht nicht möglich“, so Beyeler. Der Schweizer Strommix ist heute noch nahezu kohlendioxidfrei.